

zu TOP .....

Mainz, 21.11.2017

## **Anfrage 1716/2017 zur Sitzung am 29.11.2017**

### **Zweckentfremdung von Wohnraum in Mainz (SPD)**

Mainz ist eine beliebte und lebenswerte Schwarmstadt, die jährlich um tausende neue Einwohnerinnen und Einwohner wächst. Dringend benötigter Wohnraum ist deshalb auch eine der Prioritäten der Mainzer Ampelkoalition, weswegen im Koalitionsvertrag die Errichtung von 6500 neuen Wohneinheiten bis zum Jahr 2020 vereinbart wurde und sich viele dieser bereits in der Planung sowie in der Umsetzung befinden.

Umso verständlicher ist der Unmut vieler Bürgerinnen und Bürger, die auf Wohnungssuche sind, wenn dringend benötigter Wohnraum in Mainz zweckentfremdet wird, beispielsweise als gewerblich vermietete Ferienwohnungen auf Booking.com oder Airbnb.de. Hierbei geht es nicht um Wohnungen, die nur sporadisch vermietet werden oder um das sogenannte Homesharing, bei dem Zimmer wie in einer WG vermietet werden, sondern um ganze Wohnungen, die ganzjährig nur zu gewerblichen Zwecken angeboten werden. Eine Stichprobe auf den oben genannten Internetportalen scheint diesen Eindruck zu bestätigen.

Deutsche Städte wie Berlin, München oder auch Frankfurt am Main sowie manche Bundesländer haben bereits auf diese Missstände reagiert und versuchen durch eigene Gesetze und Verordnungen Abhilfe zu schaffen. Teils auch durch eigene „Detektivgruppen“ innerhalb der Verwaltung, die solchen Fällen von Zweckentfremdung nachgehen.

#### **Daher fragen wir die Verwaltung:**

1. Existieren in Mainz Regelungen zur Zweckentfremdung von Wohnraum?
2. Sind Fälle von Wohnraumzweckentfremdung in Mainz bekannt?
3. Gibt es eine Stelle innerhalb der Verwaltung, die für solche Angelegenheiten zuständig ist?
  - 3.1. Falls ja, welche Stelle ist das?

gez.

Alexandra Gill-Gers  
Fraktionsvorsitzende

f. d. R.

Sascha A. Fricke  
Fraktionsgeschäftsführung